



Niederschrift

12. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Sitzungstermin: Dienstag, 16.03.2021
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:25 Uhr
Ort, Raum: IHK Potsdam, Havelsaal, Breite Str. 2 A-C, 14467 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende/r

Frau Dr. Mechthild Rürger Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglieder

Herr Nico Marquardt SPD
Frau Grit Schkölziger SPD
Frau Janny Armbruster Bündnis 90/Die Grünen
Herr Sascha Krämer DIE LINKE
Frau Dr. Sigrid Müller DIE LINKE
Frau Katharina Tietz DIE aNDERE
Herr Chaled-Uwe Said AfD

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Matthias Finken CDU

sachkundige Einwohner

Frau Sylvia Frenzel BürgerBündnis
Herr Peter Mundt DIE LINKE
Frau Andrea Mirjam Ney Freie Demokraten
Frau Dr. Sophia Rost Bündnis 90/Die Grünen

Beigeordnete

Herr Dieter Jetschmanegg
Dezernent Geschäftsber.
Zentr.Verwaltung

Vertreter der Beiräte

Herr Viktor Kalitke

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Leon Troche SPD entschuldigt
Herr Lars Eichert CDU entschuldigt

- 6.1 Status IT-Sicherheit
- 6.2 Zweckverband Digitale Kommunen
- 6.3 Projektstruktur Onlinezugangsgesetz in der Landeshauptstadt Potsdam
Frau Sattler, komm. Leiterin Verwaltungs- und Managemententwicklung
- 7 ThemenSpeicher/Themenvorschläge
- 8 Sonstiges
- 8.1 Smart City

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Frau Dr. Rüniger eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.02.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Rüniger stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 stimmberechtigten anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

Zur öffentlichen **Niederschrift vom 09.02.2021** gibt es keine Hinweise. Die Niederschrift wird **mit 6 Ja-Stimmen** bei zwei Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt die Ausschussvorsitzende vor, den Tagesordnungspunkt 8.1 – Smart City bis zur kommenden Ausschusssitzung zurückzustellen. Herr Tuntschew, der hierzu berichten wollte, habe sich kurzfristig entschuldigt.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird anschließend zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung
einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 **Partizipationskonzept Am Schlaatz**

Vorlage: 21/SVV/0066

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Die Ausschussvorsitzende Frau Dr. Rünger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Stolzman, die Bereichsleiterin Stadterneuerung sowie Herrn Schwarz zuständig für Projektkoordination und Sachbearbeitung - Stadterneuerung (Fördergebiet Soziale Stadt - Am Schlaatz, Untersuchungsbereich Glasmeisterstraße).

Herr Schwarz gibt anhand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation einen Zwischenbericht zum Partizipationskonzept Schlaatz_2030. Er gibt u.a. einen Überblick zu den Themenkomplexen des Integrierten Entwicklungskonzeptes, zum Partizipationskonzept sowie zum bisherigen Verlauf der Konzepterstellung und den geplanten Inhalten.

Im Anschluss daran beantwortet er Nachfragen der Ausschussmitglieder. Herr Schwarz teilt mit, dass neben den im Beschlusstext genannten BewohnerInnen des Stadtteils Schlaatz auch der Stadtteilrat inklusive Vertreter*innen des MigrantInnenbeirates sowie das Büro für Jugendarbeit in die Entwicklung eingebunden wurden. Der komplette Umfang aller Beteiligten würde sich nur schwer in einer kompakten Präsentation darstellen lassen. Ebenso sei es schwer, dass sehr komplexe, mehrschichtige Projekt gleichzeitig in allen Facetten umfangreich abzubilden und trotzdem niederschwellig zu formulieren.

Herr Kärsten von der Werkstatt für Beteiligung lobt die gute konzeptionelle Vorarbeit und bedankt sich bei allen bisher Beteiligten. Das Konzept sein eine gute Grundlage für das Projekt und es wurde ein breites Feld an Akteuren einbezogen. Er wünscht sich jedoch eine noch bessere Einbeziehung der AnwohnerInnen und bittet darum, das Planungslabor strukturell und finanziell gut abzubinden.

Ergänzungsantrag:

Frau Armbruster beantragt die folgende Ergänzung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

*Das Partizipationskonzept 1.0 – Schlaatz_2030 (gemäß Anlage 1) ist der Umsetzung der BewohnerInnenbeteiligung **und AkteurInnenbeteiligung** im Rahmen der integrierten Weiterentwicklung des Stadtteils am Schlaatz zugrunde zu legen.*

Abstimmung:

Die o.g. Ergänzung wird

mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

Im Anschluss wird die so ergänzte Vorlage zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Das Partizipationskonzept 1.0 – Schlaatz_2030 (gemäß Anlage 1) ist der Umsetzung der BewohnerInnenbeteiligung **und AkteurInnenbeteiligung** im

Rahmen der integrierten Weiterentwicklung des Stadtteils am Schlaatz zugrunde zu legen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.2 Städtepartnerschaft "Digitalisierung" mit Tallin, Estland

Vorlage: 21/SVV/0049

Fraktion Freie Demokraten

Frau Ney bringt den Antrag namens der Fraktion der Freien Demokraten ein. In Tallin sei die Digitalisierung bereits weit fortgeschritten, was diese Stadt neben einem kulturellen auch für einen digital-wirtschaftlichen Austausch sehr interessant mache.

Herr Jetschmanegg, Dezernent des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, bittet darum, die genauen Ziele des Antrages näher zu erklären. Gehe es um eine weitere Städtepartnerschaft oder um den Austausch zu Digitalisierungsthemen.

Potsdam habe derzeit 9 Städtepartnerschaften, deren Ursprünge i.d.R. von privaten Vereinen ausgegangen seien.

Bezüglich der Digitalisierungsthemen würden kreative Ansätze von Städten außerhalb Deutschlands oft an den vorherrschenden deutschen Gesetzen und Vorgaben scheitern. Gleichzeitig ist die Landeshauptstadt Potsdam in verschiedenen Gruppen und Gremien des Städte- und Gemeindebundes, des Städtetages und des Zweckverbands Digitale Kommunen Brandenburg (DIKOM).

Änderungsantrag:

Herr Finken stellt den folgenden Änderungsantrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob mit **Darmstadt** /Tallinn (Estland) ein Erfahrungsaustausch / eine Städtepartnerschaft – insbesondere mit Bezug auf den Themenkomplex „Smart City“ und Digitalisierung der Behörden – eingegangen werden kann, mindestens aber ein reger Austausch mit der Verwaltung in Tallinn / **Darmstadt** und den entsprechenden Verwaltungseinheiten der LHP zum Thema „Digitalisierung“ etabliert werden kann.*

Frau Dr. Müller erkundigt sich danach, ob der Änderungsantrag in dieser Form überhaupt zulässig sei. Der Änderungsantrag wäre so weitreichend, dass der Betreff der Vorlage geändert werden müsse. Sie schlägt vor, den Änderungsantrag abzulehnen und von der antragstellenden Fraktion CDU als eigenständigen Antrag einbringen zu lassen.

Frau Ney bittet um die Rückstellung des Antrages zur Überarbeitung bis zur nächsten Ausschusssitzung. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Die Vorsitzende erklärt daher diesen **Tagesordnungspunkt** einschließlich des Änderungsantrages für die laufende Sitzung als **zurückgestellt**.

zu 3.3 Teilhabe für Kinder und Jugendliche unbürokratisch gestalten
Vorlage: 21/SVV/0208
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE

Frau Dr. Rürger bringt den Antrag namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und übergibt anschließend das Wort an Frau Adler, der Arbeitsgruppenleiterin für Bildungs- und Teilhabeleistungen.

Diese erklärt, dass durch die Gesetzesänderungen aus 2019 bereits eine Vereinfachung bei der Vergabe von finanziellen Mitteln erfolgt sei.

Darüber hinaus müssten trotz der eventuellen Einführung einer „Bildungskarte“ bestimmte Aspekte weiterhin schriftlich vorgetragen bzw. beantragt werden. Ebenso könnte die elektronische Karte die Bandbreite an Anbieter*innen verringern, da für diese ein erhöhter Arbeitsaufwand mit der Funktionalität und Abrechnung der Karten einhergehen würde. Dies könnte speziell von kleinen Anbieter*innen eventuell nicht bewältigt werden.

Nach einer folgenden kontroversen Diskussion über Vor- und Nachteile einer elektronischen Karte weist Frau Dr. Müller darauf hin, nicht die fachlichen Kompetenzen des Ausschusses zu überschreiten und sich auf den Teil der Digitalisierung dieses Projektes zu begrenzen. Sie schlägt vor, die Vorlage solange zurückzustellen, bis die fachlichen Bewertungen des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion vorliegen und dann erneut zu beraten.

Dieser Vorschlag wird von den übrigen Ausschussmitgliedern befürwortet.

Herr Finken stellt daraufhin folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**:

Zurückstellung des Antrages, um die Ergebnisse des Jugendhilfeausschusses sowie des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion abzuwarten.

Der Geschäftsordnungsantrag wird einstimmig **angenommen**.

zu 4 Partizipation

zu 4.1 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung

Beteiligungsrat:

Frau Dr. Jordan vom Beteiligungsrat berichtet von den Ergebnissen der letzten Sitzung des Beteiligungsrates.

Der Rat möchte ich u.a. künftig beim Planungsprojekt Pirschheide einbringen und könnte hier in der kommenden Ausschusssitzung eine Präsentation zum Thema vorbereiten.

Frau von Heyden-Hendricks ergänzt, dass sich der Beteiligungsrat darüber hinaus für die Ortsbeiräte einsetzen möchte, da diese vermehrt das Gefühl hätten, weniger wahrgenommen zu werden als in der Vergangenheit. Anträge der Ortsbeiräte würde oft pauschal und ohne Beratung abgelehnt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Finken, ob der Ortsteilbeauftragte nicht genau dies verhindern sollte, antwortet Frau von Heyden-Hendricks, dass dieser zur kommenden Sitzung des Beteiligungsrates eingeladen wird, um den Sachverhalt näher beleuchten zu können.

Frau Dr. Müller fügt hinzu, dass die Kritik der Ortsvorsteher*innen nicht an den

Ortsteilbeauftragten gebunden sei, sondern auch daran, dass die Fachausschüsse die Stellungnahmen der Ortsbeiräte oft nicht berücksichtigen würden.

Werkstatt für Beteiligung:

Herr Kärsten von der Werkstatt für Beteiligung berichtet von einem geplanten Netzwerktreffen bezüglich der Stadtteilkoordination Waldstadt am kommenden Donnerstag. Es sei angedacht, die Ergebnisse dieses Termins in einer Mitteilungsvorlage allgemein zugänglich zu machen.

zu 4.2 Interessenbekundungsverfahren externer Teil Bürgerbeteiligung

Die Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt anschließend das Wort an Frau Bojunga, der Fachbereichsleiterin für Kommunikation und Partizipation.

Nach einer kurzen Vorstellung ihrer Person stellt Frau Bojunga anhand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation das Interessenbekundungsverfahren für den externen Teil der Werkstatt für Beteiligung vor.

Sie gibt u.a. einen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte der Werkstatt für Beteiligung und erklärt die einzelnen Verfahrensschritte in Ihrer zeitlichen Abfolge und der Gesamtzielstellung.

zu 5 Transparenz

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Redebedarf.

zu 6 Digitalisierung

zu 6.1 Status IT-Sicherheit

Herr Morgenstern-Jehia, Fachbereichsleiter E-Government, gibt einen Zwischenbericht zum aktuellen Status der IT-Sicherheit der Stadtverwaltung Potsdam.

Nach dem IT-Sicherheitsvorfall vor gut einem Jahr wurden Themen der IT-Sicherheit und Dokumentation maßgeblich verbessert.

Hierzu wurde u.a. ein externer Dienstleister* als Unterstützung hinzugezogen. Dieser habe den Stand der IT-Sicherheit im Januar 2020 analysiert und Verbesserungspotentiale herauskristallisiert. Im Januar 2021 erfolgte eine erneute Analyse, um den Fortschritt im Bereich der IT-Sicherheit zu dokumentieren und ggf. neue Schwerpunkte zu setzen. Hierbei wurde festgestellt, dass in vielen Bereichen bereits gute Fortschritte erzielt wurden, es aber weiterhin Nachholbedarfe gebe.

Auf Nachfragen einzelner Ausschussmitglieder berichtet Herr Morgenstern-Jehia, dass eine genaue Terminstellung für den Abschluss der Dokumentation von Abläufen und Prozessen aufgrund des Umfangs und der Komplexität nicht möglich sei. Es sind bereits einheitliche Vorlagen für die Dokumentation erstellt worden, welche später digital hinterlegt werden sollen.

Weiterhin sei das Verfahren für Onlinebewerbungen seit dem 01.03.2021 im Einsatz und funktionsfähig.

zu 6.2 Zweckverband Digitale Kommunen

Herr Morgenstern-Jehia gibt anhand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation einen Sachstandsbericht zum Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg (DIKOM).

Die Landeshauptstadt Potsdam sei u.a. seit 2021 Mitglied in der Projektsteuerungsgruppe, welche die Aufgabe habe, die Verbandsversammlungen vorzubereiten.

Darüber hinaus berichtet er von den Schwerpunkten der letzten Verbandsversammlung am 11.03.2021.

Es wurden u.a. der Vertrag zum Übergang des bisherigen kommunalen Rechenzentrums in Cottbus unterzeichnet und das Leistungs- und Entgeltverzeichnis des DIKOM erweitert.

Bei der Auswahl für das neue Rechenzentrum wurden neben technischen und wirtschaftlichen auch Umweltaspekte in den Kriterienkatalog aufgenommen. Das neue Rechenzentrum würde z.B. einen Teil seines Strombedarfs über Photovoltaikanlagen decken.

Die Angebote des DIKOM im Leistungs- und Entgeltverzeichnis sowie die Nutzung des Rechenzentrums würden bedarfsorientiert in der Zukunft angepasst und erweitert werden.

zu 6.3 Projektstruktur Onlinezugangsgesetz in der Landeshauptstadt Potsdam

Frau Sattler, komm. Leiterin Verwaltungs- und Managemententwicklung

Frau Sattler, die kommissarische Leiterin für Verwaltungs- und Managemententwicklung, stellt anhand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation die Bedeutung des Onlinezugangsgesetzes auf dem Weg zur digitalen Kommune dar. Sie geht u.a. auf die Herausforderungen und Chancen bei der Umsetzung ein und erklärt die föderale Arbeitsteilung sowie die geplante Umsetzung in der Landeshauptstadt Potsdam

Bezüglich der zeitlichen Abfolge für einzelne Teilschritte orientiere man sich an der Prioritäten-Liste mit rund 25 Positionen und den Entscheidungen des IT-Rates des Landes Brandenburg.

Für die Umsetzung einzelner Projektschritte in der Verwaltung müssten jedoch noch Ressourcen konzentriert und ggf. auch von extern hinzugezogen werden.

zu 7 ThemenSpeicher/Themenvorschläge

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Redebedarf.

zu 8 Sonstiges

Frau Dr. Rüniger und Herr Jetschmanegg stellen die künftige Ausschussbetreuerin Frau Hetke vor und bedanken sich bei dem bisherigen Ausschussbetreuer Herrn Duhn für die geleistete Arbeit im Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung.

zu 8.1 Smart City

Zurückgestellt.

